

Pressemitteilung

Dialogprozess zum Ausbau der Windkraftanlagen im Mardorfer Wald

Runder Tisch Windkraft in Amöneburg – Informationsaustausch im Mittelpunkt der 2. Sitzung

Mardorf, 26. April 2017.

Der Stand der Vorhabenplanung auf den Windvorranggebieten in Amöneburg und im benachbarten Homberg (Ohm) war Schwerpunkt der zweiten Sitzung des Runden Tisches Windkraft, der im März seine Arbeit aufgenommen hat (siehe Pressemitteilung vom 14.03.2017). Zu den bestehenden fünf und den zwei im Bau befindlichen Windkraftanlagen sind auf der Mardorfer Kuppe bis zu acht weitere Anlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils 233 Metern, 35 Meter höher als die bereits bestehenden Anlagen, und einer Nennleistung von 3,6 Megawatt auf Amöneburger Gemarkung in Planung und derzeit bis zu zwei Anlagen auf der benachbarten Homberger Gemarkung im Gespräch, also insgesamt bis zu 17 Windkraftanlagen im Bereich der Mardorfer Kuppe. Ziel des Runden Tisches ist es, eine möglichst geringe Belastung durch die Windkraft für Mensch und Umwelt zu erreichen.

Ein wichtiges Ergebnis der zweiten Sitzung war die Bitte des Runden Tisches an den Projektierer juwi Energieprojekte GmbH und die Mardorfer Waldinteressenten, die freiwillige Einhaltung eines niedrigeren Schall-Grenzwerts von 35 dB in den benachbarten Stadtteilen zu prüfen. Sollte dies in einer Vereinbarung festgehalten werden, könnte die für September 2017 von der Stadt geplante Ausweisung eines sogenannten „reinen Wohngebietes“ in Erfurtshausen entfallen, die die Einhaltung dieses Grenzwerts verbindlich vorschreiben würde.

Zum Stand der Überlegungen in Homberg (Ohm) berichtete Bürgermeisterin Claudia Blum, dass die Stadt derzeit keine eigene aktive Planung betreibt. Die Stadt Homberg ist aber informiert über die Gespräche zwischen juwi und HessenForst. Daniel Lattka von HessenForst betonte, dass der Landesbetrieb verpflichtet ist, die politischen Vorgaben zur Energiewende umzusetzen, und bestätigte, dass HessenForst mit juwi wegen der Errichtung von zwei Anlagen auf dem benachbarten Homberger Windvorranggebiet im Gespräch ist, aber noch keine konkreten Absprachen vorliegen. Am Runden Tisch wurde vorgeschlagen, dass die Stadt Homberg (Ohm), unterstützt durch die Stadt Amöneburg, einen Appell an das Land richtet, auf die zwei Windkraftanlagen im Homberger Vorranggebiet zu verzichten.

Der Runde Tisch beschäftigte sich mit der Ausweisung der Windvorranggebiete in den letzten Jahren und den entsprechenden öffentlich verfügbaren Informationen dazu. Claudia Bröcker vom

Regierungspräsidium Gießen gab einen Überblick über die Aufstellung des Teilregionalplans Energie Mittelhessen und bestätigte, dass zwischen der ersten und zweiten Offenlage des Entwurfes aufgrund von Windgutachten der Stadt Amöneburg und juwi eine Vorrangfläche ergänzt wurde. Diese Flächennachmeldungen aufgrund verbesserter Kenntnisse gab es auch an zahlreichen weiteren Orten in Mittelhessen. Bürgermeister Michael Plettenberg machte deutlich, dass seit 2010 in der Presse und in öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung frühzeitig über die Ausweisung des Windvorranggebietes in Amöneburg informiert wurde. Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 30. Mai 2011 mit großer Mehrheit für die Ausweisung einer Windkraft-Vorrangfläche auf der Mardorfer Kuppe entschieden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Aussprache zu den in der Presse dargestellten Vorwürfen der Bürgerinitiative gegenüber den Mardorfer Waldinteressenten, zwei Rotmilanhorste auf der Mardorfer Kuppe entfernt bzw. zerstört zu haben (Oberhessische Presse vom 15. und 28. März 2017). Frau Dr. Annette Schick von der Bürgerinitiative „Es reicht!“ stellte am Runden Tisch klar, dass dieser Vorwurf von ihr oder anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative gegenüber der Presse so nie erhoben und dieser Punkt von der Presse falsch wiedergegeben wurde.

Die nach jetzigem Wissensstand möglichen Standorte für die Windkraftanlagen auf der Mardorfer Kuppe und deren Auswirkungen bezüglich Schallausbreitung und Schattenwurf stellte Silvan Schumacher von juwi anhand von Karten und Visualisierungen vor. Schumacher betonte, dass die notwendigen Gutachten noch ausstehen und deren Ergebnisse Einfluss auf die Anzahl und Standorte der Anlagen haben können. Die Bürgerinitiative fordert die Beschränkung auf weniger als sechs Anlagen und Einhaltung eines Abstands zur Siedlungsgrenze von 1.500 Metern statt der gesetzlich vorgeschriebenen 1.000 Meter. Hier wurde von juwi bereits betont, dass eine freiwillige Vergrößerung des Abstands um 50 Prozent nicht tragbar sei. Juwi versicherte jedoch die Möglichkeit einer Abstandsvergrößerung zu prüfen. Die Bürgerinitiative zeigte sich enttäuscht, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine freiwilligen Zugeständnisse bezüglich der Anzahl der Windkraftanlagen und der Abstände zur Siedlung machen wollten und bat noch einmal um freiwillige Zugeständnisse.

Da bereits die bestehenden fünf Anlagen von manchen Anwohnern als Belästigung empfunden werden, sagte juwi in der Sitzung freiwillige Schallvermessungen nach aktuellstem Stand der Technik an einer bestehenden und an einer der geplanten Anlage zu, um den Nachweis über die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte zu erbringen. Die Ergebnisse der Vermessung werden den Mitgliedern des Runden Tisches zugänglich gemacht.

In der dritten Sitzung des Runden Tisches „Windkraft“ am 20. Juni 2017 soll das Thema Naturschutz im Mittelpunkt stehen und hierzu auch die beauftragten Gutachter eingeladen werden.

Hintergrund des Runden Tisches:

Grundlage für die Einberufung des Runden Tisches ist der Beschluss der Sitzung der Amöneburger Stadtverordnetenversammlung vom 6. Februar 2017. Aufgrund der ablehnenden Stimmen zu neuen Windkraftanlagen im Privatwald der Mardorfer Waldinteressenten südlich von Mardorf sah die Stadtvertretung die Notwendigkeit, ein unabhängig geführtes Dialogverfahren ins Leben zu rufen. Mitglieder am Runden Tisch sind Vertreter der Amöneburger Fraktionen, Vorsitzende der Ausschüsse, der Bürgermeister, Vertreter der Bürgerinitiative „Es reicht!“ sowie der Mardorfer Waldinteressenten und ihr Projektierer.

Das Landesprogramm „Bürgerforum Energieland Hessen“ bietet Kommunen eine professionelle Konfliktberatung und Mediation an. Es stärkt Kommunen dabei, mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende zu gestalten und gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung wird das Bürgerforum Energieland Hessen von der Hessen Agentur gemeinsam mit Partnern – in Mittelhessen IFOK GmbH – umgesetzt.

http://www.energieland.hessen.de/buergerforum_energie

Ansprechpartner

Für den Dialogprozess:

IFOK GmbH
Berliner Ring 89
64625 Bensheim

Dr. Michael Wormer
michael.wormer@ifok.de
Tel. 06251/8416-51

Zum Landesprogramm:

HA Hessen Agentur GmbH
Konradinallee 9
65189 Wiesbaden

Dr. Rainer Kaps
rainer.kaps@hessen-agentur.de
Tel. 0611 95017-8471